

## **Eine neue Sicherheitsarchitektur für Deutschland**

(Es gilt das gesprochene Wort)

### **Chart 1 Kommunale Ordnung**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
herzlichen Dank an Herrn Uwe Proll und Herrn Klaus Germer für die Möglichkeit, heute auf diesem 5. Bundes-Kongress „Kommunale Ordnung“ einige strategische Gedanken vorzutragen. Ich sage bewusst „strategisch“, weil im Wahlkampf eher populistisch auf der Ebene von Fußfesseln und Videoüberwachung gesprochen wurde. Das ist Flickwerk und hat mit einer neuen Sicherheitsarchitektur für Deutschland wenig zu tun. Seien wir gespannt, ob die neue Regierung die Chance für eine grundlegende Revision ergreifen wird. Dazu am Ende mehr.

### **Chart 2 Innere Sicherheit**

Die Sicherheit Deutschlands ist auf die *Äußere* und *Innere* Sicherheit begründet. Mir geht es heute um die *Innere Sicherheit*, also den *Schutz vor jeglicher Kriminalität und allen Gefährdungen, die sich aus dem Inneren der Gesellschaft heraus entwickeln*. Und da gibt es rasante Entwicklungen, wie in der Kölner Silvester Nacht und am G - 20 Gipfel geschehen. In diesen Fällen schlugen Menschen zu, denen es nicht um eine politische Richtung ging, sondern um Krawall, Gewalt, Zerstörung, sexuelle Übergriffe und das Ausleben der eigenen Ohnmacht in der anonymen Masse.

Der Schutz des Bürgers, meine Damen und Herren, ist durch das Grundgesetz Artikel 2, Abs. 2 definiert.

*„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“*

Für diesen Schutz steht der deutsche Staat ein. Mit dem ganzen hier dargestellten Blumenstrauß an Behörden. Sei es im Inland oder auch in einer Entführungssituation im Ausland.

Ich möchte hier nicht den Eindruck der Schwarzmalerei erwecken. Deutschland gehört trotz der Ausschreitungen in den Städten und trotz der 16 Terrortoten seit 2015 zu den sichersten Ländern der Welt. Viele sagen, wir hätten Glück gehabt.

Nein, es gibt auch klare Erfolge in der Gefahrenabwehr, vor allem dank des Verfassungsschutzes und einer ausgezeichneten Polizeiarbeit, die in den letzten 10 Jahren mindestens ein Dutzend Anschläge verhindert haben.

Wir könnten allerdings sehr viel besser sein, wenn die Politik aus Gewalt und Terror lernen und die Lektionen umsetzen würde. Fällt Ihnen auch auf: Wann immer ein schwerer

Anschlag passiert oder passieren sollte, gibt es keine transparente Aufarbeitung und somit keine Schuldigen auf behördlicher Seite?

### **Chart 3: Versagen der Inneren Sicherheit**

**Beispiel 1: NSU.** Ein Fall mit Sprengstoffanschlägen, Mordserien an Migranten, und anderen Morden. Ermittlungsspannen und organisatorische Defizite kennzeichnen ein schlimmes Bild der beteiligten Sicherheitsbehörden. Verstärkt durch den Einsatz von über 40 V-Personen, die z.T. erhebliche Straftaten begingen. Das Vertrauen in die Professionalität unseres Rechtsstaates wurde besonders durch NSU zutiefst erschüttert und ruft geradezu nach einer Neuordnung der Sicherheitsarchitektur. Die schlimme Rolle des Staates spielt im zu Ende gehenden Prozess bedauerlicherweise keine Rolle.

**Beispiel 2: Der Syrer Dschaber al-Bakr** wurde vom Verfassungsschutz spätestens seit 2015 als IS-Sympathisant beobachtet und 2016 dem LKA Sachsen gemeldet. Im selben Jahr hatte er auf Facebook geschrieben, er würde in den Dschihad ziehen. Ein Terrorist auf dem Präsentierteller der Behörden. Der gescheiterte Zugriff am 8.10.2016 endete mit der Flucht von al-Bakr und seiner Überwältigung durch 3 Landsleute in deren Wohnung. Al-Bakr erhängt sich in seiner Zelle in der Justizvollzugsanstalt Leipzig. Die Chance zur Befragung und gezielten Gefahrenabwehr war vergeben. Ein Desaster. Der Abschlussbericht der Kommission nennt vor allem zwei Probleme: eine falsche Lagebeurteilung und ein durchgängig fehlender Führungsstab während des Einsatzes. Nach Einschätzung der Kommission hätte sich das Bundeskriminalamt auf Grundlage seiner Erkenntnisse und aufgrund der Bedeutsamkeit des Falles viel eher einschalten müssen. Stattdessen habe man die Ermittlungsarbeit der Landespolizei überlassen. Das allerdings ist eben gängige Praxis in unserem Land auch im Anti-Terrorkampf.

Eigentlich könnte ich mit dem Vortrag hier aufhören, denn zu klar sind die Erkenntnisse. Falsche Lagebeurteilung, fehlende Kompetenz im Land. Doch der Beobachter lernt erneut: Die Aufarbeitung ist abgeschlossen; keine Verfehlungen erkannt, die eine strafrechtliche Verfolgung begründen würden. Akte zu. Alles okay.

### **Chart 4: Beispiel 3: Der Fall Ansi Amri**

stellte dann alles auf den Kopf. Er steht für das erneute völlige Versagen der Inneren Sicherheit. Der Anschlag des Terroristen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt 2016 ist mit 12 Toten und über 50 Verletzten der einzig große und damit bislang schwerste islamistisch

motivierte Terroranschlag in Deutschland. Wie entsetzlich für die Angehörigen: Er hätte ohne Zweifel vermieden werden können. Denn Ansi Amri war nicht jemand, der sich unerkannt selbst radikalisierte. Auch er handelte im Auftrag des IS. 18 Monate war er auf dem Radar von etwa 50 Behörden der Länder und des Bundes, die in seiner Sache einen Kommunikationsmarathon ohnegleichen betrieben. Auch hier gab es eine falsche Lagebeurteilung und einen durchgängig fehlenden Führungsstab während des Einsatzes. Wieder mangelnde Führung, wieder mangelnde Durchführungs-kompetenz. Spätestens an diesem dritten Fall wird klar: die Struktur unserer Inneren Sicherheit ist im Kampf gegen den internationalen Terrorismus überfordert.

Meine zweite Kritik gegenüber dem Rechtsstaat zielt ebenfalls auf etwas Grundsätzliches, und das ist nicht weniger bedenklich. Ich zitiere die Neue Zürcher Zeitung vom 14. Juli 2017: *„Allzu häufig kapituliert der deutsche Rechtsstaat vor seinen Gegnern. Kriminelle können mit der Milde der Justiz rechnen, rechtsfreie Räume werden geduldet, bei muslimischen Parallelgesellschaften ebenso wie bei Linksextremisten.“*

Was bedeutet das für die Motivation unserer Polizisten, was bedeutet das für Sie in den Kommunen, an der vordersten Front unserer Inneren Sicherheit?

Wann wird der Staat endlich Verantwortung für Fehlverhalten übernehmen und sich nicht in Unzuständigkeit wegduckern? Ein Bauernopfer oder Versetzung zu präsentieren, reicht hier nicht aus. Es geht um ganz viel mehr.

Im Folgenden möchte ich eine neue Sicherheitsarchitektur entwerfen und Ihnen zum Schluss einige Hilfen an die Hand geben, wie man in den Kommunen Sicherheit effizient umsetzen kann.

Wenn ich ein komplexes Thema wie dieses angehe, greife ich gern auf ein bewährtes Führungsinstrument zurück, das ich aus dem militärischen Bereich übernommen habe. Vielleicht ist das auch etwas für Sie, sei es bei der Vorbereitung eines Projektes oder bei der Bewältigung einer Krise, gleich welcher Art.

#### **Chart 5: Bewährter Führungsprozess**

Es ist eine Lagebeurteilung in 4 einfachen Schritten. Nehmen wir an, Sie planen eine Veranstaltung.

In der **Situationsanalyse** erfassen Sie alle Faktoren - und zwar wertfrei. Sie analysieren Ihre komplette eigene Lage, inklusive Gelände, Kräfte, Logistik, Genehmigungsverfahren, Kosten, rechtlichen Grundlagen, Versammlungsstätten-verordnung, Sicherheitskonzept, Abstimmung mit der Polizei, der Feuerwehr, dem Rettungsdienst, dem Umweltamt, der

Verkehrslenkung, usw. Aber ohne Bewertung. Das Gleiche gilt für die Gefahrenanalyse. Wer könnte wo und wie stören?

In der anschließenden **Bewertung** analysieren Sie Ihre Möglichkeiten und die der Störer oder der möglichen Gewalttäter. Sie werden eine Palette von Optionen finden, und die müssen Sie nun gewichten. Viele Manager neigen jetzt schon zur Entscheidung. Davon darf ich abraten. Überlegen Sie erst einmal, was genau Sie in dieser Phase erreichen wollen.

Was ist Ihre **Zielsetzung**? Wollen Sie die Öffentlichkeit motivieren, dann ist Kommunikation sehr wichtig, wollen Sie den höchsten Sicherheitsstandard haben, dann wird es erhebliche Einschränkungen geben, die nicht allen gefallen.

Nun wissen Sie, was Sie wollen und **entscheiden**. Auch hier wird es eine Palette von Einzelentscheidungen geben, die aber alle Ihrer Zielsetzung entsprechen.

Dieses Modell wird in vertiefender Form in der Generalstabsausbildung gelehrt. Ich habe es in meinem Berufsleben genutzt und manches Mal auch im privaten Bereich.

Springen wir aus der Theorie in die aktuelle Gefährdungslage. Ich möchte sie an 5 Hotspots erläutern:

#### **Chart 6: Hotspots**

1. Die **Globalisierung** führt bei Unternehmen zu einer gestiegenen Risikobereitschaft. Auch kleinere Unternehmen ziehen vermehrt in riskante Länder, um Marktchancen wahrzunehmen. Unternehmen sind zunehmend nicht nur durch Naturkatastrophen und politische Unruhen bedroht, sondern vielfach auch durch terroristische Angriffe mit dem Ziel, Geld zu erpressen oder einfach nur um zu töten. Ziele sind vornehmlich staatliche Institutionen vor allem aber weiche Ziele in ungeschützter Umgebung.

Der Tourismus ist bekanntlich bevorzugtes Ziel von Terroristen. Die Hotels in betroffenen Ländern stehen leer, die Gesellschaft geht in die Knie, Arbeitslosigkeit. Kollaps. Und das ist auch der Plan des islamistischen Terrors.

#### **CHART 7: Was wollen ISLAMISTEN?**

Phase 1: Infiltration in die Gesellschaft

Phase 2: Den Staat von unten destabilisieren mit dem Ziel...

Phase 3: ein Kalifat zu errichten.

Das gelingt besonders in Ländern, in denen Anschläge den Tourismus vertreiben und Armut und Hoffnungslosigkeit folgen, wie in Tunesien zu sehen ist.

Aber gilt das noch angesichts des massiven Gebietsverlustes des IS?

Anders als Al Quaida hat sich der IS zunächst über sein Territorium identifiziert. Also ist die logische Folgerung: Man muss ihm sein erobertes Territorium möglichst schnell zurücknehmen. Stimmt. Doch wir sind 4 Jahre zu spät. Präsident Obama wollte keinen neuen Krieg. Deutschland stand traditionell auf der strategischen Zuschauertribüne und

beteiligte sich erst nach den Anschlägen in Paris intensiver als Akt der Bündnistreue. In der Region entwickelte sich ein Stellvertreterkrieg mit den Hauptbeteiligten USA - Russland - Iran -Türkei. In der Zwischenzeit nutzte der IS, subversiv unterstützt von Saudi-Arabien und der Türkei, die Zeit. Der dschihadistische Virus findet sich inzwischen in allen westlichen Staaten. Mosul und Rakka sind nicht mehr erheblich für das Überleben des IS. Längst ist er in nord- und zentralafrikanischen Ländern sowie in Afghanistan und verstärkt auf den Philippinen eingesickert. Der IS wird uns also noch viele Jahre beschäftigen.

Das Schreckensszenario wäre, dass er zu seiner Mutter zurückkehrt, zu Al Quaida, die Terrororganisation des 11. Septembers 2001. Dann könnte der *worst case* eintreten: ein Angriff auf lebenswichtige kritische Infrastrukturen. Genannt: KRITIS.

### **Chart 8: Hotspots**

2. **KRITIS** sind Güter, Strukturen und Organisationen, die lebenswichtig für das Funktionieren des Staates sind. Also Transport, Energie, Gesundheit, Finanzwesen, Wasser, Ernährung, staatliche Einrichtungen und die Informationstechnik.

Es gibt überhaupt keine Hinweise, dass aktuell ein breit angelegter terroristischer Anschlag gegen KRITIS droht. Aber unsere Verletzbarkeit ist immens. Sie kennen vielleicht das Buch „Black Out“ und wissen dann, was ein Stromausfall von wenigen Tagen mit unserem Land machen kann.

Immerhin wurde im letzten Jahr das 20 Jahre alte Zivilschutzkonzept überarbeitet.

Es regelt im Wesentlichen vier Aufgaben: die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, den Schutz der Bevölkerung, die Versorgung mit den notwendigen Gütern und Leistungen und die sonstige Unterstützung der Streitkräfte bei der Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit.

Strom, Arzneimittel, Krankenhausbetten, Lebensmittel, Kommunikation - Sie können als Mitarbeiter der Kommunen sicherlich selbst gut beurteilen, wo wir bei der Bevorratung und Bereitstellung lebenswichtiger Ressourcen stehen oder stehen sollten. Und wie steht es mit Ihrer Führungsfähigkeit?

Ich habe in Zeiten des Kalten Krieges große militärische Übungen aus unterirdischen Bunkern, wie bei Mechnich, begleitet, dem früheren Regierungsbunker. Wird Deutschland morgen von einer existentiellen Katastrophe heimgesucht, hat die Regierung keinen unterirdischen Ausweichplatz mehr zu Verfügung. Die vielen Bunker im Land sind verfallen und nicht mehr nutzbar. Ich halte diesen Zustand für skandalös.

3. **Cyber War** ist genau genommen ein Element von KRITIS. Es sind Angriffe zur Ausspähung, Lähmung und Ausschaltung von Organisationen oder Infrastrukturen. Längst wissen Sie um die Angriffe auf politische Wahlsysteme, die täglichen Hackerangriffe gegen Unternehmen mit exorbitantem finanziellen Schaden bis hin zur Geiselnahme von

Organisationen mit dem erpresserischen Angebot, die gehackte Software gegen eine Geldzahlung wieder in den alten Zustand zu versetzen. BITCOIN Erpressungen laufen sich gerade warm.

Atomkraftwerke sind digital nach außen abgeschottet, heißt es. Doch es gab bereits den Stuxnet Virus. Er infizierte in verschiedenen Ländern von außen die Anlagen. Und was wäre, wenn jemand im Atomkraftwerk auf der falschen Seite steht? Auch hier gab es erste alarmierende Meldungen, nachdem bekannt wurde, dass ein belgischer Dschihadist für rund drei Jahre im Hochsicherheitsbereich des Atomkraftwerks Doel als Sicherheitstechniker gearbeitet hatte.

*Cyber Wars* werden die neuen Kriege sein. Sie sind kostengünstig, denn man braucht keine teuren Waffen und Soldaten mehr. Ein ideales Betätigungsfeld für machtpolitische Interessen - aber eben auch für Terroristen, so sie denn diese Befähigung haben. Man muss in Zukunft kein *Islamischer Staat* mit definiertem Territorium sein. Ein *virtuelles Kalifat* kann viel wirkungsvoller agieren.

Es reicht, bereitwillige Programmierer vom Markt weg zu kaufen und einen Vernichtungskrieg gegen die Ungläubigen via Laptops zu starten. Das wäre inzwischen für die NATO ein Anlass, den NATO-Verteidigungsfall auszurufen. Die Frage ist nur, wer und wo ist der Gegner?

**4. Migration:** Die Vereinten Nationen beziffern derzeit einhundert Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Migration von Süd nach Nord - als Ausfluss von Hunger, Naturkatastrophen, politischen Unruhen, Konflikten und Bürgerkriegen - wird zunehmen. Das internationale Rote Kreuz schätzt, dass die Zahl der Flüchtlinge weltweit um die Jahrtausendwende auf über 500 Millionen anwachsen wird. Viele wollen in Richtung Europa. Was anfangs vehement abgestritten wurde: Die Sicherheitssituation in Deutschland hat sich durch den Faktor *Migration* erheblich verschärft. Die Eindämmung der Migration unter Wahrung der Rechte und der Würde der betroffenen Menschen ist eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts.

Die Verzweiflungsakte an den europäischen Außengrenzen - jetzt mit Ausweitung in das Innere Afrikas – werden Ihnen bekannt sein. Hätten wir doch auf Willy Brandt als Vorsitzender der Nord-Süd Kommission gehört. Der forderte schon 1980 eine neue Weltwirtschaftsordnung unter Einbeziehung der Länder des Südens. Unsere Wirtschaftsordnung hat sich in den letzten 40 Jahren zu oft darauf begrenzt, dass wir Entwicklungshilfe nach dem Gießkannenprinzip verteilt haben. Gott sei Dank hat sich zumindest die deutsche Entwicklungshilfe hier grundlegend geändert. Weltweit ist das Volumen der reichen Länder zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt viel zu gering.

**5. Unsere Gesellschaft** verändert sich dramatisch. Die Veränderung ist primär der Angst vor allem Fremden und dem Verlust an persönlicher Sicherheit geschuldet und mündet in einen neuen gefährlichen Nationalismus, nunmehr signifikant vertreten in unserem Parlament. Das hatten wir doch schon einmal am Ende der Weimarer Republik! Doch die Zeiten sind anders. Ich vertraue auf die Kraft unserer parlamentarischen Strukturen, die zur konstruktiven Kleinarbeit zwingen und bisher alle Revolutionäre der Bundesrepublik Deutschland auf den Teppich gebracht haben.

Die Lage in Deutschland ist ferner durch soziale Konflikte gefährdet, die die Gesellschaft bereits heute in eine Zweiklassenschicht aufspalten.

Noch vor wenigen Jahren verfügte Deutschland über eine breite gesicherte Mittelschicht, in der ein Hauptverdiener für ein gutes Auskommen sorgte. Heute reichen oft drei Jobs nicht aus für das Überschreiten der Armutsgrenze. Es gibt zu viele Menschen, die zu wenig für ein gesichertes Leben verdienen und immer mehr, die im Überfluss leben. Die schwarze Seite der Globalisierung und die Quelle für Populismus und Nationalismus europaweit.

In deutschen Städten entstehen - wie gerade Sie wissen - soziale Brennpunkte und rechtsfreie Räume, wie Duisburg-Marxloh, Pforzheim, Berlin-Neukölln, Bremerhaven-Lehe. Menschen verlassen aus Frustration und Angst ihre angestammten Wohnungen. Es entstehen Leerstände und in diese Pulverfässer werden auch noch zahlreiche Flüchtlinge untergebracht. Wenn Arbeitslose und zu viele Zugereiste zusammen in einer Randgesellschaft leben, wird das – wie in Frankreichs Ghettos – sehr schnell zu einem Sicherheitsproblem führen. Daran zu erkennen, dass Menschen sich abends nicht mehr auf die Straße trauen, mafiöse Clans ganze Viertel übernehmen und sich sogar die Polizei zurückzieht.

### **Chart 9: Sicherheitslage Deutschland - Rechte Gewalt**

**Rechte Gewalt** hat erneut zugenommen. Ebenso ein erneuter Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Es gab 1.600 Gewalttaten. Etwa ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis. Neben der Anti-Asyl-Agitation ist die Islamfeindlichkeit ein wesentliches Agitationsfeld von Rechtsextremisten.

Sieht man die Gesamtzahl von ca. 12.000 gewaltorientierten Rechtsextremisten, dann bleiben Fragen. Die Tabelle zeigt die Mühsal der Behörden „rechts“ überhaupt zu erfassen. Wo ist die Messlatte des Verfassungsschutzes? Wie hoch ist die Dunkelziffer? Wann ist man überhaupt rechtsextrem? Wenn man maskiert an einer Demo teilnimmt oder gewalttätig

geworden ist? Wenn man „Reichsbürger“ ist? Wo ist der Übergang zwischen rechtem Gedankengut und rechtsradikaler Gesinnung? Rechts ist ein ganz weites Feld, es zieht sich durch alle Schichten, und nur die Spitze des radikalen Eisberges ist sichtbar.

Bei links ist es durch die sichtbare physische Gewalt einfacher.

### **Chart 10: Linke Gewalt**

**Linksextremistisch** motivierten Gewalttaten gingen zurück. 2016 wurden 8.500 Linksextremisten geschätzt. Laut Verfassungsschutzbericht begreifen gewaltorientierte Linksextremisten Gewalt als „Mittel der eigenen Befreiung“ und als Instrument, um die eigene Identität und „Wut auf die Verhältnisse“, also den „Kapitalismus“, auszudrücken. „Hauptträger linksextremistischer Gewalt sind die Autonomen... sie schrecken aber auch vor körperlichen Attacken nicht zurück und nehmen schwerste Verletzungen ihrer Opfer in Kauf“, wie beim G 20-Gipfel in einer völlig neuen Qualität gesehen.

### **Chart 11: Die Opferzahlen sinken – Die Wahrnehmung ist reziprok**

Warum beherrscht der **Islamistische Terrorismus** so sehr unsere Gesellschaften? Wo doch die Statistik eindeutig sagt, dass die Zahlen der Anschläge in Europa verglichen mit den 70-er und 80-er Jahren auf einem niedrigen Niveau liegen. Damals bis zu 500 Tote im Jahr heute vereinzelt ca. 200. In Deutschland haben wir seit 2015 insgesamt gerade 16 Terrortote zu beklagen. Täter einbezogen.

Doch der Dschihadismus zielt nur sekundär auf die Anzahl von Toten. Er zielt auf unser Gehirn. Wir sollen verunsichert werden. Und das Ziel ist in weiten Bevölkerungsschichten erreicht, obwohl Menschen längst wissen, dass es wahrscheinlicher ist, sich mit einem e-Bike zu verletzen, als jemals von einem Terroranschlag betroffen zu werden. Nicht der Einzelfall irgendwo in Europa ist das Problem, sondern das anschließende Aufhetzen durch die internationalen Medien. Dem lokalen Anschlag, so schlimm er ist, wird viel zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Ganz im Sinne der Propaganda-Profis des IS: 50 % des Dschihad sei Medienarbeit, sagen sie. Fakt ist aber auch, dass sämtliche Anschläge des Jahres 2016 in Deutschland zwar dem IS - aber in der Durchführung dem „individuellen Jihad“ zuzuordnen sind, das heißt, sie wurden von Einzeltätern oder Kleinstgruppen begangen. Oft sind auch die Grenzen fließend, wenn jemand eine Axt schwingt und *Allah u Akbar* ruft, wie es leider fortlaufend geschieht.

### **Chart 12: Gefährdungslage durch Islamisten**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt aktuell in Deutschland ein Islamismus-Potenzial von **rund 24.400 Personen**, mindestens **8.350 Salafisten**, etwa **1.600 gewaltbereite**

**Salafisten**, also nach dem heutigen Verständnis strenggläubige Muslime – und auch Radikale, die den Islam politisch durchsetzen wollen. Täglich erhält der Inlandsgeheimdienst nach eigenen Angaben bis zu vier Hinweise auf angeblich bevorstehende Anschläge, allen muss nachgegangen werden.

Rund **680** Personen sind als "**Gefährder**" eingestuft. Es gibt in Deutschland keine einheitliche Definition, aber man unterstellt diesen identifizierten Personen, dass ihnen Gewalttaten zugetraut werden, diese wiederum muss nicht islamistisch begründet sein. Von den 680 Gefährdern hält sich etwa die Hälfte im Land auf und wiederum 100 sind in Haft. Bleiben als ca. 240 dieser Personen, die frei herumlaufen und unterschiedlichen Überwachungsbedarf haben. Wollte man jeden rund um die Uhr bewachen, bräuchte man mindestens **7.000** erfahrene Polizisten.

Aktuell haben wir ca. **760** laufende Ermittlungsverfahren. Der Personenkreis wird beständig größer. Hinzu kommen in den nächsten Jahren Tausende Ermittlungen gegen Männer, die als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist sind und sich in ihren Asyl-Anhörungen selbst der Mitgliedschaft in terroristischen Gruppierungen wie etwa den Taliban bezichtigt haben. Bereits jetzt ist bei der Generalbundesanwaltschaft die Arbeit ohne richterliche Unterstützung aus den Ländern nicht mehr zu schaffen.

Doch auch die Bewältigung dieser Mammutaufgabe gibt keine letzte Sicherheit. Die Chance, jemanden zu identifizieren, der sich selbst radikalisiert hat, tendiert gegen Null. Der Islamische Staat setzt analog zu seinem territorialen Count Down vermehrt auf eine Mitmachstrategie, die im Prinzip jeden Gescheiterten oder Verirrten anspricht. Religiöse Vorkenntnisse sind für Attentäter kaum erforderlich. Das Reservoir für potenziellen Terrornachwuchs ist besonders in dem Zwei-Klassen-Reich-Arm-Europa grenzenlos. Niemand muss mehr in den Irak oder nach Syrien reisen, um Dschihadist zu werden. Mentoren des IS inspirieren die Freiwilligen über verschlüsselte Messenger, leiten sie an, geben Tipps und begleiten sie bis zu ihrer Bluttat wie in Berlin und Ansbach geschehen. Angeleitet oder nicht, wenn ein Attentat passiert, reklamiert der IS die Tat für sich, ohne Detailkenntnis zu haben. Er kompensiert höchst erfolgreich verlorene territoriale Stärke durch mediale Präsenz und Gewinnungsstrategien. Und Dschihadisten können sich im Schengen Raum unverändert ziemlich frei bewegen.

### Chart 13: GTAZ

Das Gemeinsame Terror-und Abwehrzentrum ist im Ansatz eine hervorragende Idee und hat mit Sicherheit Erfolge nachzuweisen. Die beteiligten Dienststellen versorgen sich gegenseitig mit Informationen, aber es gibt keinen Leiter, der eine operative Entscheidung fällt.

Er dürfte es auch nicht, denn Polizeiarbeit ist Ländersache und der Rahmen für das BKA und die Bundesgeneralanwaltschaft ist rechtlich eng bemessen. Man fährt also mit Informationen versorgt nach Hause und agiert exekutiv lokal.

Eine derartige Patchwork-Gruppe kann man sich vielleicht in der EU leisten, in der die Souveränität der Länder über allem steht, aber keinesfalls in Deutschland, besonders nicht in Fällen von nationalem vitalen Interesse.

Dabei gab es bereits im Vorfeld des Berliner Anschlages wichtige Entscheidungen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit:

### Chart 14: Bisherige Nationale Maßnahmen-vor dem Anschlag

1. **4.600** neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes wurden geschaffen. 15.000 sind avisiert. Bis jedoch dieses Personal zur Verfügung steht, werden einige Jahre vergehen. 2 Milliarden € wurden zusätzlich von 2015 - 2020 dazu freigegeben.
2. Parallel werden **erhebliche zusätzliche Mittel** für die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei bereitgestellt, auch in der Erkenntnis, dass in einem militanten Straßenkampf zum Beispiel die einfache Schussweste der Schutzpolizei nicht mehr ausreicht. Der Fortschritt ist in den Ländern unterschiedlich, und es wird auch hier dauern, bis die Anpassungen realisiert werden.
3. Als Folge der Anschläge in Belgien und Paris wurde eine **Beweissicherungs-und Festnahmeeinheit des Bundes** (BFE+) geschaffen. Sie ergänzt die Spezialkräfte der Bundespolizei, unter dem Namen GSG 9 bekannt. Deutschland verfügt damit im internationalen Vergleich über Hochwertkräfte im Anti-Terrorkampf, deren Qualität vergleichbar mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) ist, die wiederum für Einsätze im Ausland vorgehalten werden. Dazu zählt auch die Befreiung von Geiseln aus den Händen von Terroristen.
4. Der Einsatz von **Videotechnik** im öffentlichen Raum ist in Deutschland heftig umstritten, wengleich immer mehr Kameras installiert werden.  
Videotechnik verhindert keine Straftaten, es sei denn, man hat eine

Gesichtserkennungstechnik wie im Pilotprojekt am Berliner Bahnhof Südkreuz, das auf unterschiedliche Reaktionen stößt. Einige sehen einen George Orwell-Überwachungsstaat, andere unter dem Eindruck der Berliner Szene begrüßen es. Das Bundesverfassungsgericht hat 2008 festgestellt, dass *„anlasslos erfolgende flächendeckend durchgeführte Maßnahmen der automatisierten Erfassung und Auswertung“* nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Das war, denke ich, unter Terrorgesichtspunkten ein anderes Jahrzehnt. Auch die oberste Rechtsprechung geht mit der gesellschaftlichen Entwicklung einher. Warten wir also ab und hoffentlich nicht bis zu einem erfolgreichen Anschlag gegen Kritische Infrastrukturen. Eine angemessene Ausweitung der Videoüberwachung macht im übrigen Sinn, sofern man sie klug einsetzt, also z.B. im Transportbereich, wie an Flughäfen und Bahnhöfen und an zentralen Verkehrspunkten, wie Autobahnabfahrten und wichtigen Kreuzungen. In diese Richtung sehe ich die Entwicklung gehen. Kennzeichenlesesysteme für Fahndungsausschreibungen sind noch tabu. Doch auch die könnten auf der Grundlage europäischer Vorgaben eingeführt werden.

Ich bin keineswegs für einen Überwachungsstaat. Doch die Angst des Bürgers vor Missbrauch gespeicherter Daten zum Beispiel im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung steht für mich in einem krassen Missverhältnis zur Sorglosigkeit des Bürgers, mit Google und Facebook oder in anderen sozialen Medien unterwegs zu sein.

5. Die Polizei will cyberfähig werden. Ähnlich wie bei der Bundeswehr entsteht in diesem Jahr eine Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) mit über 400 Stellen im Endausbau.

### **Chart 15 – Was wurde nach dem Anschlag unternommen?**

Mit der Tragödie um den Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt war klar, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen.

Die Minister des Inneren und der Justiz einigten sich auf weitere Verschärfungen, eben auch vor dem Hintergrund, dass fast alle Terroranschläge in Deutschland einen islamistischen Hintergrund hatten und die Gefahrenabwehr definitiv besser greifen muss.

1. Mit der Einführung einer **Residenzpflicht**, wurde eine Verschärfung der bisherigen Wohnsitzauflagen für Asylbewerber geschaffen, die über ihre Identität getäuscht haben.
2. **Abschiebungen:** Ganz schwierig und ständig im Fluss. Geplant sind erleichterte Voraussetzungen für die Abschiebehaft (bis zu 18 Monate). Rechtliche Einsprüche verhindern vielfach, dass ausreisepflichtige Menschen am Ende wirklich im Flugzeug

sitzen. Hinzu kommt das Problem der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, wie aktuell am Beispiel Afghanistan deutlich wird. Der **Ausreisegewahrsam** soll auf 10 Tage verlängert werden. Die Bundesländer verfolgen unterschiedliche Praktiken bei der Abschiebung. So forderte der alte Innenminister zu Recht eine Bundeskompetenz bei Abschiebungen von Ausländern, die kein Recht haben bei uns zu leben. Dieses verbunden mit der logistischen Möglichkeit, in einem „Bundesausreisezentrum“ geparkt zu werden. Das ist politisch in Deutschland wohl nicht durchsetzbar.

3. Wie geht man nun mit den sogenannten **Gefährdern** um? Mit Vollüberwachung, Einsatz von Fußfesseln oder sonstigen Auflagen? Die Polizei agiert auch hier in jedem Bundesland anders. Ich denke, zwingend geboten ist eine verlässliche Festsetzungsmöglichkeit von Gefährdern, auch von potentiellen Gefährdern. Wer unseren Staat nachweisbar gefährdet, muss m. E. einsitzen, bis das Problem aufgeklärt ist. Das ist ebenfalls rechtlich ein brisantes Thema, denn in unserem Land gilt die Unschuldsvermutung. Für die Lösung braucht es also zunächst eine bundeseinheitliche Gefährder-Definition, eine bestmögliche Beweisführung und eine zentrale Überwachung von erkannten Gefährdern aus Bundeshand.

Damit sind wir bei den **Fußfesseln** als wesentlicher Faktor für schärfere Überwachungsauflagen von Gefährdern und für solche ausreisepflichtigen Ausländer, durch die die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Auch das aber bedarf gesetzlicher Änderungen auf Bund - und Länderebene. Wenn ein Land nicht mitspielt, läuft diese Maßnahme der Bundesminister ins Leere. Also fungiert wieder das Bundesland als möglicher Bremsklotz in einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit. Dabei machen elektronische Fußfesseln generell Sinn, nicht nur für Terroristen.

Wie für den Einsatz von Videoüberwachung gilt jedoch, Verbrechen fanatischer und selbstmordbereiter Täter werden dadurch nicht verhindert - aber erschwert.

4. Bei der **Schleierfahndung** werden verdeckt in Form einer allgemeinen Fahndung verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchgeführt. Rechtlich geht das nur bis 30 km zur Grenze der Schengen-Länder. Auch hier verfahren die Bundesländer inzwischen unterschiedlich. Ein weiteres Beispiel für den Spagat zwischen Länderhoheit und Angelegenheiten nationaler Sicherheit. Dabei ist sie als Mittel der Gefahrenabwehr höchst effektiv. Es fehlt ein Bundesgesetz.
5. Doch selbst, wenn es das Gesetz gäbe, wie eigentlich informieren sich die Polizeiführungen der Länder untereinander? Die Bundesländer haben unterschiedliche **Informationssysteme** nach eigenen Kriterien und entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten beschafft. Verknüpfungen sind oft gar nicht möglich. Wenn in München jemand eine Straftat begeht, ist keinesfalls sicher, dass das in Stralsund gelesen werden

kann. Wir brauchen also dringend ein bundesweit standardisiertes sicherheitsrelevantes Informationssystem.

6. Ebenso juristisch brisant ist das **Luftsicherheitsgesetz**, das den Abschuss eines von Terroristen entführten Flugzeuges mit Passagieren über Deutschland verbietet. Als Terrorist kann man in der Realität ziemlich sicher sein, dass man im deutschen Luftraum nicht abgeschossen wird, wenn andere Menschen an Bord sind. Sie kennen die Problematik sicherlich aus dem Theaterstück „Terror“, und ich kenne sie aus den Gesprächen mit meinen Kameraden aus dem Eurofighter-Cockpit. Muss auch hier erst eine Katastrophe passieren, bis die Politik handelt? Immerhin Bayern geht das Thema an.

Alle diese Erkenntnisse gehen in eine Richtung. Wir brauchen für ein ganzheitliches Sicherheitskonzept im Anti-Terrorismuskampf einen **Staat mit starken zentralen Strukturen**. Ich weiß, viele hören das nicht gern. Es riecht nach GESTAPO, STASI, Totalüberwachung, George Orwell. Das kann ernsthaft niemand anstreben. Diese Bundesrepublik kann an Beidem scheitern:

An zu viel staatlicher Zentralisierung und an föderalistisch bedingter Inkompetenz in der Gefahrenabwehr. Also brauchen wir eine vertretbare Mitte. So wie jetzt, wird es nicht mehr funktionieren. Es ist also bei jedem Thema zu prüfen, wieviel Rechtsstaat zu Gunsten von mehr Sicherheit aufgegeben werden darf oder muss.

Der Föderalismus bringt eine große Vielfalt in unser Land, aber im Kampf gegen den Terrorismus, das sollte der Vortrag verdeutlichen, blockiert er und verhindert den Erfolg. Die polizeiliche Zuständigkeit auf Länderebene hat in der Terrorismusbekämpfung de facto ausgedient. Doch niemand will die großen Konsequenzen ziehen. So werden in einem „post-attack Aktionismus“ Löcher gestopft. Mit einem Sicherheitskonzept hat das wenig zu tun.

Schon gar nicht mit einer neuen Sicherheitsarchitektur, die nun mit Beginn einer neuen Legislaturperiode dringend notwendig wäre.

Die Umsetzung bedarf eines ganzheitlichen Vorgehens, das in die Zukunft blickt.

Eine neue Sicherheitsarchitektur für Deutschland darf jedoch nicht nur auf die Mittel und Möglichkeiten der Polizei und der Geheimdienste schauen, sondern muss auf drei Säulen bauen: Auf 1. Gesellschaftspolitik, 2. Behörden-Struktur und 3. Außenpolitik.

#### **Chart 16: Gesellschaftspolitik**

1. Schauen Sie auf unsere Straßen, in Städte und Dörfer. Das Gesicht unseres Landes hat sich in den letzten 3 Jahren signifikant verändert. Egal, ob wir es Einwanderungs- oder Einbürgerungsland nennen, wir brauchen dringend ein **Einwanderungsgesetz**, das auch unsere Interessen sieht und eine effektivere **Integrationspolitik**. Eine Million Flüchtlinge müssen sozial betreut werden. Sie dürfen in unserem eigenen Interesse nicht in

Parallelgesellschaften aufwachsen. Der frühzeitige Spracherwerb ist bekanntlich das A und O. Ad hoc eingesetzte Lehrkräfte müssen sozialpädagogisch unterstützt werden. *Task Force Einheiten* zur „Integration“ wären sinnvoll, um im ganzen Land vor Ort die Lage zu prüfen, Brennpunkte aufzuspüren und den Betreuern zu helfen. Flüchtlinge müssen künftig weniger verwaltet, sondern mehr betreut werden. Das ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst von mindestens einer Generation. Ohne das Engagement der Kommunen und unzähligen ehrenamtlichen Helfern wäre die Integrationspolitik ohnehin längst kollabiert.

Sollte eine zweite Welle kommen, und das ist angesichts der politischen Lage mit der Türkei und der katastrophalen Situation in etlichen afrikanischen Ländern nicht auszuschließen, müssen wir personell, organisatorisch und finanziell viel besser vorbereitet sein. Dänemark und Holland zeigen uns, wie eine schnelle Registrierung und Eingliederung in das Arbeitsleben und auch Abschiebungen besser funktionieren.

2. Deutschland benötigt mehr **Aufklärung in den Bildungseinrichtungen** über Wertevermittlung, Religionsfreiheit und Umgang mit dem Islam. Sätze wie, „der Islam gehört zu Deutschland“, helfen hier nicht weiter. Die Bürger müssen wissen, dass Islam und Islamismus nicht dasselbe sind, realisieren, dass viele zugereiste Kinder und Jugendliche bei uns sind, die keine Eltern mehr haben, dass traumatische Erlebnisse fast jeden Flüchtling begleiten, wie ich aus der Notfallseelsorge leidvoll erfahre. Die Bürger müssen sich damit auseinandersetzen, dass auch die, die nicht verfolgt wurden, ein Recht auf menschenwürdige Behandlung haben, dass die meisten arbeiten wollen und zunehmend auch dringlich gebraucht werden. Wissen nimmt Angst. Bildung ist die Voraussetzung für die gelungene Integration und damit auch für mehr Sicherheit. Der Staat muss die Bürger durch Aufklärung viel deutlicher mitnehmen. Integration kann man nicht wie mit einem Patent-Rezept verordnen. Sie muss in unserer Gesellschaft leben. Der Keim dafür wird in den Familien und den Schulen gelegt.
3. Und was geschieht mit den „verirrten“ und rückgekehrten Islamisten, die ihrer Strafe entgegensehen? Pädagogen warnen, dass man junge Islamisten nicht einfach wegsperren dürfe – sondern ihnen mit De-Radikalisierungs-Programmen helfen müsse. In Frankreich wurde während und nach dem Strafvollzug dieser Menschen ein vielversprechender Anfang gemacht.

### **Chart 17: Behörden-Struktur**

Kommen wir nun zu meinen strukturellen Vorschlägen: Wie könnte eine neue zukunftsorientierte Sicherheitsorganisation aussehen?

1. Das **BKA** allein ist bereits eine riesige Behörde mit unzureichenden Befugnissen. Oder bildlich gesprochen: Ein Dinosaurier mit gestutzten Flügeln. Es fehlt schon lange ein

Masterplan für ein schlagkräftiges Amt mit bundesweiter Exekutivkompetenz. Wir haben einen Generalbundesanwalt, der Fälle mit terroristischem Hintergrund übernimmt. Aber der effiziente polizeiliche Unterbau fehlt. Zu oft ist, wie dargestellt, bei der Landeshoheit Schluss. Wir brauchen also ein Amt, das bei Verstößen gegen Bundesgesetze und bei terroristischen Aktivitäten uneingeschränkt bundesweit tätig werden kann.

Genau das ist übrigens der Auftrag des amerikanischen FBI: Handeln bei Verstößen gegen Bundesgesetze und bei terroristischen Aktivitäten:

Die Umsetzung erfordert zwingend eine schlagkräftige Bundespolizeibehörde mit der Bündelung von Bundeskriminalamt und Bundespolizei, in der die bundesweite Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zusammenfließen. In der Konsequenz heißt das: strikte polizeiliche Begrenzung der Länder auf regionale Aufgaben. Der Anti-Terrorkampf gehört zum Bund.

Inzwischen sind in den 16 Bundesländern mächtige Landeskriminalämter herangewachsen, die teilweise auch Angelegenheiten des Bundes übernehmen. Sie führen Ermittlungsverfahren mit internationalen Bezügen durch und entsenden Beamte zu EUROPOL und INTERPOL. Die LKA's haben z.T. eigene *Mobile Einsatzkräfte* und arbeiten eigenständig.

Als unser Grundgesetz geschaffen wurde, gründete man die Polizeistruktur aus gutem Grund auf das föderalistische System. Aus dieser Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern folgt, dass die Zuständigkeit für die *Gefahrenabwehr und die Kriminalitätsbekämpfung* in Deutschland traditionell bei den Polizeibehörden der Länder liegt. Die Autoren unseres Grundgesetzes wollten zu recht keine Nähe mehr zu einer deutschen Zentralpolizei wie im Dritten Reich.

Doch die Bedrohung in unserem Land, meine Damen und Herren, hat sich nach 60 Jahren völlig geändert. Die Polizei sorgt entsprechend nicht mehr nur für Ruhe und Ordnung, sie ist verstärkt auf militärischem Niveau in der Terrorabwehr eingebunden. Also müssen wir neu denken.

Das bedeutet, die **Landeskriminalämter gehören auf den Prüfstand**; sie sollten entweder im neuen Bundes-Amt aufgehen, oder wenn es politisch nicht durchsetzbar ist, aufgabenbezogen verkleinert werden.

Die regionale Kriminalitätsbekämpfung erfolgt dabei unverändert durch die Polizeibehörden und entspricht damit dem bewährten, föderalistischen System in der Polizeiarbeit. Ich trenne also nur den Anti-Terror-Teil ab.

2. Was für das Misstrauen der Geheimdienste in der EU gesagt wurde, gilt auch in Deutschland. **Informationen** werden nicht oder nur ungern geteilt. Mir ist kein anderes Land bekannt, das 18 unabhängige Inlandsnachrichtendienste unterhält: 16 auf

Landesebene und 2 - das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Militärischen Abschirmdienst - auf Bundesebene. Die vom Innenminister vorgeschlagene Zusammenfassung der Nachrichtendienste auf eine einzige Bundesbehörde macht nicht nur Sinn, sondern ist, so eine Lehre aus den Fällen der Vergangenheit, zwingend notwendig. Die Landesverfassungsämter sind im Übrigen relativ kleine Behörden in einem Personalumfang von 50 bis 1.500 Personen, und ohnehin haben von den 16 Ämtern nur 7 einen eigenen Amtsstatus. Die übrigen sind integrierte Dienststellen bei den Innenministerien. Ich plädiere also für ein **neues Bundesamt für Verfassungsschutz**.

Das neue Amt müsste eng mit der neuen Bundespolizei-Behörde verzahnt sein. Also auch hier gilt: mehr Effizienz durch Zentralisierung.

Diese Ideen sind übrigens im Grundsatz nicht neu. Ich erinnere an die *Werthebach Kommission* von 2010, die vorschlug, das BKA und Spezialkräfte des Zolls unter dem Dach der neuen Bundespolizei zu zentralisieren. Die Gewerkschaft der Polizei, der Zoll und die Länder lehnten das ab. Die Grünen unterstellten, der Staat mache aus dem Innenministerium ein Ministerium für Innere Sicherheit. Das sieht man heute anders, wie sie später sehen werden.

3. Ebenso sinnvoll wie überfällig ist das vorgeschlagene **nationale Cyber-Abwehrzentrum** auf Bundesebene.
4. Wer national führen will, braucht ein entsprechendes Führungsinstrument, also ein **nationales Lage - und Führungszentrum** auf Bundesebene mit Entscheidungskompetenz anstelle von vielen Einzelnen. Dann hätte auch das GTAZ ausgedient. Wie das gut funktionieren kann, sehen wir in Uedem am *Nationalen Lage – und Führungszentrum im Luftraum*. Hier werden innerhalb von Minuten Entscheidungen zugunsten unserer Sicherheit getroffen. Das ist effektiv und kostensparend.

#### **Chart 18: Neue Sicherheitsarchitektur**

Diese kulturellen und strukturellen Vorschläge könnten also der Kern einer neuen Sicherheitsarchitektur im Inneren sei. Nicht zuletzt für einen Minister, der bereits über 60.000 Mitarbeiter gebietet, von denen viele effektiver eingesetzt werden könnten.

Idealerweise würden BKA und Bundespolizei zu einem Bundes-Polizeiamt verschmelzen - wie immer die Bezeichnung auch zukünftig lauten mag.

Viele vorhandene und nicht ausgefüllte Ressourcen auf Bundesebene würden eine ganz neue Qualität bekommen.

Im Zuge dessen sollte man auch die **GSG 9 und BSE+** zu einer operativen Einheit verschmelzen.

Mit einer *Homeland Security* hat diese Struktur nichts gemein, aber durchaus mit einer FBI – ähnlichen Organisation. Ich denke, mit diesem System wird weder der Föderalismus noch die Polizei der Länder ausgehebelt. Es erfolgt lediglich eine strukturelle Anpassung an die Sicherheitslage mit einer Steuerungskompetenz des Bundes über alle Sicherheitsbehörden. Was wäre daran verkehrt, wenn wir rekapitulieren, dass 12 Menschen auf dem Weihnachtsmarkt nicht hätten sterben müssen? Was wäre daran verkehrt, wenn der Bund eine zentrale Verfolgungs- und Ermittlungszuständigkeit zur konsequenten Feststellung unerlaubter Aufenthalte in Deutschland erhielte und mit einer Datenbank und nicht 16 verschiedenen arbeitete? Was wäre daran verkehrt, dass der Bund eine uneingeschränkte Vollzugszuständigkeit bei der Aufenthaltsbeendigung erhielte und damit das uneinheitliche Abschiebeverhalten einzelner Bundesländer verhinderte? Zentralisierung ist nicht immer das Allheilmittel, aber unsere aktuellen föderalistischen Strukturen sind der Garant für weitere Pannen im Anti-Terrorkampf.

Ich halte wenig von dem Vorschlag des Bundes Deutscher Kriminalbeamte, Defizite in der Kriminalitätsbekämpfung auf Länderebene durch spezialisierte Hundertschaften im bundesweiten Einsatz zu kompensieren. Das mag im Einzelfall bei kleinen Lagen funktionieren, löst aber das Gesamterfordernis des Führens aus einer Hand bei Terrorlagen nicht und schon gar nicht das standardisierte effektive Kommunikationserfordernis mit den Ländern. BKA-Chef Holger Münch unterstützt den Vorschlag mit den Hundertschaften und ergänzt, die Koordinierung neuer Bereitschaftstruppen könne im GTAZ das BKA übernehmen. Nein, was da vorgeschlagen wird, klingt nach einem „Anti-Terrorkampf-Bund-Light“.

Ein bisschen mehr Staat, aber dem BKA, dem Zoll, und den Ländern bitte nichts wegnehmen.

Es macht also keinen Sinn, auf die Interessenvertreter zu hören, sondern mehr auf Parlamentarier, wie Armin Schuster, der analog zu meinem Vorschlag den Verfassungsschutz komplett dem Bund übertragen will. Die Landesämter würden Außenstellen des Bundesamtes werden. Die Innenminister der Länder verlören Befugnisse. Und auch im GTAZ bekämen Bundesbehörden die Entscheidungsgewalt. Schuster geht noch von drei, bis vier Behörden aus, die Anweisungen erteilen könnten. Ich gehe noch ein Stück weiter, wenn ich fordere, dass nur noch das neue Bundespolizeiamt und das neue Bundesamt für Verfassungsschutz Entscheidungsgewalt haben sollten, wobei man darüber reden kann, ob der Verfassungsschutz dem Justizministerium unterstellt bleibt und als politischer Kompromiss die Landesämter bleiben, dann aber zu Außenstellen des Bundesamtes umgewandelt werden.

Unbeschadet dessen, müssen die SEK's und MEK's der Länder - wie überhaupt die Polizei

der Länder - mit Hochdruck personell und qualitativ auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Eine Zentralisierung hätte auch noch einen weiteren wesentlichen Vorteil zur Folge. **Staatliche Kommunikation** im inzwischen fast täglichen Anti-Terrorgeschäft käme aus einer Hand. Die Innenminister der Länder würden schweigen, und das wäre gelegentlich begrüßenswert.

Angenommen, wir hätten diesen idealen Status mit einer neuen Bundespolizei, einem einzigem Verfassungsschutz und einer personell und materiell angemessen ausgestatteten Polizei auf Länderebene, so wäre der Kampf gegen den Terror dennoch nicht zu gewinnen.

Und damit komme ich zur dritten und letzten Säule einer neuen Sicherheitsarchitektur.

Denn wie kaum bei einem anderen Thema sind wir in der Terrorismusbekämpfung von der **internationalen Bereitschaft** abhängig. Organisationen gibt es reichlich. UNO, OSZE, NATO und EU, um nur einige zu nennen. Doch die Völkerwanderungen und der Anstieg weltweiter Terroranschläge konnten nicht gestoppt werden.

Inzwischen singt der internationale Chor einstimmig: das Problem muss vor allen dort gelöst werden, wo es entsteht.

Fluchtursachen müssen beseitigt werden, Afrika muss geholfen werden, Finanzströme von Terroristen unterbrochen werden, alle müssten viel besser zusammenarbeiten. Und damit zur dritten Säule der neuen Sicherheitsarchitektur.

### **Chart 19: Europäische Probleme**

Der **europäische Kampf** gegen den internationalen Terrorismus krankt vor allem daran, dass die Bereitschaft fehlt, sensible **Daten** auf den Tisch zu legen. Die Zusammenarbeit untereinander ist hier von Misstrauen gekennzeichnet und funktioniert nur auf der Basis, *gibst Du mir etwas, gebe ich Dir was*. **Europol** ist ein Papiertiger und müsste längst, wie der Europäische Staatsanwalt, Exekutivbefugnisse im europäischem Fahndungsraum haben. Doch das ist angesichts der labilen Situation der EU eine Illusion. Die EU müsste uneingeschränkt Informationen an **Interpol** liefern, so wie es umgekehrt läuft. Doch die EU schafft das nicht.

Europa wird in Fragen der Sicherheit oft an den USA gemessen. Ich halte diesen Vergleich für verkehrt. Die USA sind eine Nation. Die EU ist eine Verwaltungsorganisation von 28 souveränen Staaten. Erst, wenn die EU *einen* Innen-, Finanz-, Außen und Verteidigungsminister hätte, dann könnte es auch mit einer homogenen europäischen Inneren Sicherheit klappen. Bis dahin werden wir nur kleine Erfolge erzielen, die wir aber - wie bei dem Projekt Fluggastdatenspeicherung oder Einreiseinformationen - gleichwohl pro aktiv suchen müssen. Weil die europäischen Erfolge nur zäh eintreten, sind wir gut beraten, wenn wir zunächst unsere Hausaufgaben machen.

### **Chart 20 Innere Sicherheit im Wahlkampf**

Und wie stehen die Chancen für grundlegende Änderungen angesichts der möglichen „Jamaika-Koalition“? Wenn wir nur die Thematik „Innere Sicherheit“ betrachten, gar nicht schlecht. Die CDU will z.B. dem *GTAZ* Entscheidungskompetenz geben und Bayern wird den nötigen Druck geben. Die FDP möchte eine *Europäische Polizeibehörde*, unterstützt vom Oppositionsführer SPD nach dem Vorbild des FBI und die Grünen, man höre und staune, ein neues *Bundesamt zur Gefahren und Spionageabwehr*. Die Vorschläge der Linken und AFD sind aussichtslos. Warten wir ab, wie der größtmögliche gemeinsame Nenner in der Koalition ausschaut.

### **Chart 21: Kommunen**

Eine neue Sicherheitsarchitektur setzt voraus, dass wir neben der dargestellten Zentralisierung auf Bundesebene lokal und regional die **Kommunen stärken**.

Der erwähnte gesellschaftliche Umbruch ist erst der Anfang. Wir laufen Gefahr, dass die Grundwerte unseres wunderbaren Landes von jungen Menschen nicht mehr als existentiell wichtig verstanden werden. Wie auch, wenn bildungsferne Schichten gar nicht begreifen, was sie durch Krawall anrichten? Es wird Zeit, dass Politik auf allen Ebenen gegenüber Links- und Rechtsextremen und natürlich gegenüber gewalttätigen Migranten wesentlich härter durchgreift.

Die Rechtsprechung muss also für die Kommunen bundesweit verlässliche Leitplanken bieten: Bei der Untersagung von Veranstaltungen mit Gefahrenpotential, im Umgang mit Gefährdern und der Abschiebepaxis, um nur einige Bereiche zu nennen.

Rote Flora, Hausbesetzungen, Resignation in den Kommunen. Es ist wie mit dem Graffiti. Am Anfang ist es nur Farbe, am Ende verkommt eine ganze Straße oder ein Viertel. Nur wenn die Judikative und Exekutive rechtzeitig die STOPP-Taste drücken, ist bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Und wenn das nicht gelingt, brauchen wir eben auch hier bundesweite Standards. Unser Rechtsstaat kann das meines Erachtens verkraften, ohne dass wir unsere Grundwerte aufgeben.

Die zunehmenden Ausschreitungen von gewaltbereiten Menschen stellen die Kommunen vor ganze neue Herausforderungen. Sie sind ohne ein Mehr an **finanziellen Mitteln, qualifiziertem Personal, einschließlich qualifizierter Sicherheitsdienste**, d. h. mit neuen Standards und sorgfältigen Krisenmanagement-vorbereitungen, in Zukunft nicht mehr zu bewältigen. Soziale Brennpunkte, neue Arten von Gewalt und Radikalisierung, neue Flüchtlingsströme, Terroranschläge und Naturkatastrophen als Folge eines sich wandelnden Klimas, sind nur einige Szenarien, die unser Land kennzeichnen werden.

Was heißt das? Leiter von Kommunen müssen das **lageorientierte Führen in komplexen Situationen** verstehen, so wie Unternehmen in der freien Wirtschaft. Das Krisenmanagement muss professionalisiert werden. Dabei muss vermehrt ein Paradigmenwechsel weg vom Verwalten und hin zum Operativen erfolgen. Dazu gehört projektorientiertes und ressortübergreifendes Handeln anstelle des rein an Zuständigkeiten orientierten Vorgehens.

Denn unerwartete Krisenlagen erfordern nun einmal themen- und ressortübergreifendes Handeln und Entscheiden. Stellen Sie sich nur einen Ausfall einer *kritischen Infrastruktur* vor. Dafür braucht es ganz neue Verwaltungsformate und auch kommunikative Kompetenzen statt herkömmlichem und oft schwerfälligem Arbeiten in Zuständigkeitsbereichen. Kann das eine Behörde leisten? Ich meine ja. Aber wie?

Ein Grundsatz in meinem Krisenmanagement lautet: *Keep it short and simple*. In der Umsetzung bedeutet das: einen handhabbaren Plan haben und in der Lage richtig handeln, so wie am Führungsprozess eingangs dargestellt.

1. Gefahrenlage analysieren, 2. die Möglichkeiten bewerten, 3. die Zielsetzung des eigenen Handelns definieren und 4. die richtigen Entscheidungen treffen.

Große Unternehmen trainieren existentiell wichtige Fälle, wie Erpressungs- und Entführungsszenarien, Demonstrationen oder Imagekrisen regelmäßig und sind damit auf den eventuellen Eintrittsfall bestmöglich vorbereitet. Ich rate Ihnen, den Kommunen, zum Beispiel den Fall zu trainieren, dass eine perfekt vorbereitete Veranstaltung durch Unwetter, Bombendrohung oder Massenpanik kippt. Alle sitzen an einem Tisch und das sind bei einer Großveranstaltung nicht wenige. Viele reden mit, aber einer oder eine muss entscheiden. Und damit sind wir bei meinem letzten Punkt.

### **Chart 22: Management versus Führung**

In der Krise entscheidet, so erlebe ich es fortlaufend, die richtige Führung, nicht unbedingt das richtige Management. Sie möchten vielleicht wissen, was den Manager vom Führer unterscheidet?

Stephen R. Covey beschreibt diesen Zielkonflikt eindrucksvoll in diesem Beispiel:

*„Eine Gruppe von Arbeitern kämpft sich durch den Dschungel. Sie werden von Managern angetrieben, durch Verfahren, technische Vorgaben und effizientem Teamwork. Sie machen gute Fortschritte beim Kampf durchs Unterholz. Plötzlich schert ein Manager aus, klettert auf den höchsten Baum und ruft: ‚Wir sind im falschen Dschungel!‘“*

Dieser Manager, meine Damen und Herren, ist in dieser Situation zum Führer geworden, er ist der richtige Leiter eines Krisenstabes, kein Verwalter, Macher oder Aktionist, sondern eben ein Führer.

**„Management ist, wenn man die Dinge richtigmacht; Führung ist, wenn man die richtigen Dinge macht“.**

Ich wünsche Ihnen, dass Sie, wo immer Sie eingesetzt sind, die richtigen Dinge machen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!